

19/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Jetzt auf zum Endspurt!

ir sind auf der Zielgeraden zur Europawahl. Für die CDU heißt das: noch einmal alle Reserven aufbringen und

den Bürgern klarmachen, um was es am 18. Juni geht. Informieren und Mobilisieren, das sind die Hauptaufgaben der CDU in der letzten Phase des Europawahlkampfes. Je besser der Informationsstand, desto größer die Bereitschaft, zur Wahl zu gehen. Dies zeigt eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Viele Bürger sind noch unentschieden, ob sie zur Wahl gehen sollen. Sie gilt es jetzt zu überzeugen. Und was ist überzeugender als Leistung und Erfolg?

Die CDU ist in der politischen Offensive.

Unsere Bilanz ist eindrucksvoll:

Wirtschaftswachstum im siebten Jahr, auch 1988

Exportweltmeister vor den USA und Japan;

sichere Renten auch in der Zukunft; 1 Million

neue Arbeitsplätze, davon 750 000 für Frauen;

Experten schätzen, es gibt 1 Million offene Stellen;

Lehrlingsmangel statt Lehrstellenmangel:

60 000 Lehrstellen können nicht besetzt werden.

Als die SPD regierte, war es umgekehrt; es ging

bergab: Von 1981 bis 1982 1 Million Arbeits-

plätze weniger; 15 000 Lehrstellen zu wenig,

junge Menschen standen auf der Straße; Abstieg

in die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit

der Währungsreform.

Der SPD gehen in diesem Europawahlkampf die

Argumente aus. Sie wird durch den Erfolg unse-

rer Politik widerlegt. Deshalb flüchtet sie in

Miesmacherei und setzt auf unberechtigte Äng-

HEUTE AKTUELL

● **Helmut Kohl**
Politik der Bundesregierung
eindrucksvoll bestätigt. Seite 3



● **Wahlplakat**
Erwin Teufel im baden-württembergischen Landtag: Wir lassen uns den Mund nicht verbieten. Seite 11

● **Arbeitsmarkt**
Norbert Blüm verkündete im Deutschen Bundestag eine gute Nachricht: Zahl der Arbeitslosen sank unter die 2-Millionen-Grenze. Seite 15

● **Öffentlichkeitsarbeit**
Letzte Tips zum Europawahlkampf. Seite 23

● **Dokumentation**
Redetexte von Helmut Kohl und George Bush aus der Mainzer Rheingoldhalle. Grüner Teil

ste, vor allem vor Europa. Fragen Sie doch bitte die SPD, warum sie in diesem Europawahlkampf zu Hause die Angst vor dem Gespenst des angeblichen Sozialabbaus und des sozialen Elends schürt und gleichzeitig in Europa die vorbildlichen deutschen Sozialleistungen für alle EG-Länder durchsetzen will, und warum sie verhindern will, das hohe deutsche Sozialleistungsniveau an das niedrigere anderer EG-Länder anzupassen? In ihrer Zeit hat die SPD in der Umweltpolitik versagt, heute sind wir die treibende Kraft in Europa: Katalysator und bleifreies Benzin sind europaweit durchgesetzt; Luft und Gewässerschutz werden entscheidend verbessert.

Wir betreiben die erfolgreichste Friedenspolitik seit Gründung unserer Republik. Wir haben die Verschrottung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen erreicht, die C-Waffen verschwinden bei uns, wir haben über 20 neue Abkommen und Verträge mit Osteuropa abgeschlossen. Jetzt bringt der NATO-Gipfel, den die französische Zeitung Le Figaro als „ein Meisterwerk“ bezeichnet hat, neuen Abrüstungsschwung. Helmut Kohl hat im deutschen Interesse beharrlich verhandelt; der Mailänder Corriere della Sera kommentiert: „Die fetteste Beute errang Deutschland mit baldigen Verhandlungen mit Moskau.“ Mit ihren neuen Vorschlägen sind die westlichen Demokratien wieder in der politischen Offensive. Jetzt ist Gorbatschow am Zug. Bei seinem Besuch in Bonn werden weitere wichtige Verträge für die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit geschlossen, werden neue Perspektiven für den Frieden aufgezeigt. Im kommunistischen Lager vollziehen sich atemberaubende Veränderungen, die vor wenigen Jahren undenkbar waren. Die gemeinsamen Ideale des Westens, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie entfalten ihre ansteckende Kraft heute auch in den osteuropäischen Ländern. Dies weckt neue Hoffnungen und bietet neue Chancen für einen dauerhaften und sicheren Frieden.

Alle Umfragen zeigen: die CDU hat die höchste Kompetenz in der Europapolitik. Und wir haben mit Helmut Kohl einen Mann an der Spitze, über dessen Ratspräsidentschaft der Präsident der EG-Kommission Jacques Delors gesagt hat „In diesen sechs Monaten wurde mehr entschieden als in den zehn Jahren davor.“ Es ist vor allem das Verdienst von Helmut Kohl, daß der Europäische Binnenmarkt 1992 kommt. Schon heute liefern wir über die Hälfte unserer Produkte in die EG. Das sichert Millionen Arbeitsplätze bei uns. Der offene Markt mit 320 Millionen Verbrauchern bringt neuen Schwung in unsere Wirtschaft und eröffnet deutschen Qualitätsprodukten und deutscher Ausbildung neue Chancen. Gerade wir Deutschen müssen in unserem eigenen Interesse Ja sagen zu Europa. Deshalb müssen die Bürger wählen gehen.

Uns Deutschen ging es noch nie so gut. Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub, die härteste Währung, stabile Preise und die höchsten Sozialleistungen. Unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Regierungserklärung des Kanzlers:

Politik der Bundesregierung eindrucksvoll bestätigt

Bundeskanzler Helmut Kohl gab in der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 1989 zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel und zum Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Erklärung der Bundesregierung ab (gekürzte Fassung):

Der Brüsseler NATO-Gipfel vom Anfang dieser Woche und der anschließende Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, in der Bundesrepublik Deutschland waren ein großer Erfolg; sie waren ein Erfolg

- für das Nordatlantische Bündnis,
- für die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft
- und nicht zuletzt für unser Land.

Die Politik der Bundesregierung im Bündnis, aber auch im West-Ost-Verhältnis ist eindrucksvoll bestätigt worden.

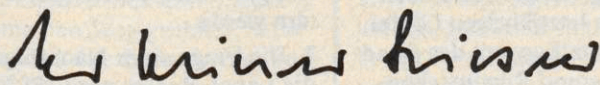
Manche — auch hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland — hatten schon voreilig eine schwere Krise im Bündnis vorhergesagt. Sie sind in eindrucksvoller Weise widerlegt worden.

Mit dem Brüsseler NATO-Gipfel haben die Staats- und Regierungschefs der 16 NATO-Staaten den 40. Jahrestag unseres Bündnisses gewürdigt. 40 Jahre NATO, das bedeutet 40 Jahre Frieden in Freiheit. Das ist die Geschichte einer großen Idee und ihres Erfolges in unserem Jahrhundert.

Unser Bündnis wurde in einem international außerordentlich schwierigen Umfeld Ende der vierziger Jahre gegründet. Das Bündnis war von vornherein nicht als ein klassischer Militärpakt angelegt. Vielmehr verbündeten sich auf der Grundlage gemeinsamer freiheitlicher Werte die Demokratien Europas und Nordamerikas.

Wir müssen die Bürger überzeugen, daß Wohlstand und Frieden, innere Sicherheit und Stabilität nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Mit seiner Stimme spielt man nicht, denn wer rechtsradikal wählt, wird links regiert. Was das heißt, zeigt die rot-grüne Realität in Berlin.

Unsere Chancen in diesem Europawahlkampf sind gut. Wir haben eine erfolgreiche Politik, gute Argumente und hervorragende Informations- und Werbematerialien. Sie müssen jetzt den Bürgern vermittelt werden. Ich bitte Sie um Ihren engagierten Einsatz und noch einmal eine große Kraftanstrengung in den letzten Wochen dieses Europawahlkampfes. Die CDU ist die deutsche Europapartei. Deshalb wollen wir die Europawahl zu einer Volksabstimmung für Europa machen.



Heiner Geißler

Ihr gemeinsames Ziel war und ist

— ihre Sicherheit in Freiheit zu wahren,
— das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und die Menschenwürde zu schützen sowie

— die Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit ihrer Völker zu mehren.

In den tiefgreifenden Ost-West-Krisen der vergangenen Jahrzehnte hat sich dieses Bündnis der Freiheit bewährt. Trotz aller Herausforderungen und Bedrohungen wurde der Friede in Europa gewahrt, blieb unsere Sicherheit erhalten und ging kein Fußbreit Boden der Freiheit verloren. Unser Bündnis hat von Anfang an alle Energien darangesetzt, von der Ost-West-Konfrontation zu einem friedlichen Nebeneinander und, wenn möglich, zu einem zukunftsgerichteten Miteinander vorzustoßen. Mit dem Harmel-Bericht vom Dezember 1967 schuf das Bündnis die Grundlage für diese Politik. Seither gilt auf der Grundlage der Solidarität des Bündnisses und seiner gesicherten Verteidigungsfähigkeit das Angebot an die Staaten des Warschauer Pakts zu Dialog und Zusammenarbeit. Das Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung nahm dabei stets einen zentralen Platz ein. Dies beweist nicht zuletzt der INF-Vertrag, der die nuklearen Mittelstreckenwaffen weltweit beseitigt und der heute vor einem Jahr, auf den Tag genau, in Kraft getreten ist. 40 Jahre erfolgreiche Friedenswahrung und mehr als 40 Jahre bewährte Politik des Ausgleichs sind Kennzeichen der NATO. Auf dieser Grundlage hat unser Bündnis jetzt in Brüssel den Kurs für sein fünftes Jahrzehnt abgesteckt.

Gesamtkonzept verabschiedet

Die Staats- und Regierungschefs haben in Brüssel, wie beim letztjährigen Gipfel vereinbart, das Gesamtkonzept des Bündnisses für Abrüstung und Rüstungskontrolle verabschiedet. Für uns stand dabei

vor allem die Frage der nuklearen Kurzstreckenraketen im Mittelpunkt des Interesses, weil uns bei diesen Waffen ein sechzehnfach überlegenes östliches Potential gegenübersteht, das unser Land und die bei uns stationierten Streitkräfte bedroht.

Angesichts dieser Lage hat unser Bündnis bekräftigt, daß zur Kriegsverhütung in Europa land-, see- und luftgestützte Nuklearsysteme einschließlich bodengestützter Flugkörper — ich zitiere — „unter den gegebenen Umständen und soweit voraussehbar“ notwendig sind. Lassen Sie mich dies verdeutlichen: „Vor-
aussehbar“ kann bei der heutigen Dynamik der Gesamtentwicklung zwischen West und Ost nur eine verhältnismäßig begrenzte Zeitspanne sein.

Meine Damen und Herren, wer hätte beispielsweise noch vor vier Jahren die weitreichenden Veränderungen in der Sowjetunion, in Warschau, in Budapest und anderswo vorhergesehen?

Wer hätte 1983 auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung und der Polemik, nicht zuletzt bei uns in der Bundesrepublik Deutschland, um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vorhergesagt, daß 1987 das Abkommen über ihre weltweite Beseitigung unterzeichnet und 1988 ihre Verschrottung beginnen würde? Gerade die Einsicht, daß langfristige Voraussagen auf diesem Gebiet heute schwierig, wenn nicht unmöglich sind, hat in Brüssel unseren Anliegen zum Durchbruch verholfen.

1. Verhandlungen über SNF-Flugkörper werden zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnen, und zwar im Zusammenhang mit der Umsetzung konventioneller Abrüstungsschritte, die ich gleich noch erläutern werde.

2. Die Frage eines Nachfolgesystems für die Lance-Rakete wird 1992 behandelt werden, und zwar im Lichte der sicher-

heitspolitischen Gesamtentwicklung. Diese politischen Entscheidungen waren der Abschlußstein im Gesamtkonzept der Abrüstung und Rüstungskontrolle der NATO. Daß es trotz aller Unkenrufe fristgerecht zustande kam, ist ein großartiger Erfolg, zu dem alle Mitglieder des Bündnisses beigetragen haben. Ihnen allen gebührt mein herzlicher Dank.

Das Gesamtkonzept ist zugleich eine weitgehende Bestätigung der Verhandlungsposition der Bundesregierung, wie ich sie in meiner Regierungserklärung vom 27. April dieses Jahres hier umrissen habe. Es liegt in der Natur eines Bündnisses von 16 souveränen Staaten, daß am Ende von Verhandlungen über eine gemeinsame Position ein Kompromiß steht. Hinter diesem Erfolg hat in den Erörterungen des Brüsseler Gipfels stets der Wille aller Partner zur Einigung gestanden.

So ist das Ergebnis eine eindrucksvolle Bestätigung der Solidarität im Bündnis. Damit wurde auch das Grundprinzip bekräftigt, daß jeder Verbündete in der Allianz stets auch die Gesamtinteressen des Bündnisses im Blick haben muß und daß das Bündnis stets auch die besonderen Interessen jedes einzelnen Mitglieds zu berücksichtigen hat.

Dank an Präsident Bush

Lassen Sie mich an dieser Stelle meinen besonders herzlichen Dank an Präsident Bush erneuern. Er hat größtmögliches Verständnis für die besondere Lage der Bundesrepublik Deutschland bewiesen. George Bush hat sich einmal mehr als ein guter Freund der Deutschen bewährt. Er hat selbst dem entscheidenden Durchbruch in der Frage der nuklearen Kurzstreckensysteme den Weg geebnet. Seine in Brüssel eingebrachte Initiative zur konventionellen Rüstungskontrolle in Europa war in einem politisch-psycholo-

gisch richtigen Moment plaziert und wurde damit auch zum Schlüssel beim letztendlichen Erfolg.

Unser Bündnis hat sich diese Initiative des amerikanischen Präsidenten einstimmig zu eigen gemacht. Alle 16 Mitgliedstaaten der NATO, auch — dies sage ich besonders gerne — alle sozialistisch geführten Regierungen in diesem Bereich, haben überzeugt dieser Lösung zugestimmt. Dies ist eine wichtige Rückenstärkung für den amerikanischen Vorschlag, der nunmehr in die Wiener Verhandlungen eingeführt wird.

Frieden schaffen mit weniger Waffen

Wir wollen, daß die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa in der Sache erweitert und in der Zeit beschleunigt wird. Der Westen übernimmt damit erneut die Initiative zu einer Welt mit weniger Waffen: „Frieden schaffen mit weniger Waffen.“ Jetzt muß die Sowjetunion antworten, und die Sowjetunion ist zu Taten am Verhandlungstisch eingeladen.

Ich darf einige Anmerkungen zu dem neuen amerikanischen Vorschlag machen.

1. Wir wollen für beide Seiten Höchststärken für Kampfpanzer — 20000 — und Infanteriekampffahrzeuge — 28000 — festschreiben. Genau diese Zahlen hatte das westliche Bündnis bereits Anfang März bei Beginn der Wiener Verhandlungen vorgeschlagen. Die östliche Seite hat sie sich nunmehr Mitte Mai zu eigen gemacht. Dies ist, wie ich finde, ein sehr gutes Vorzeichen für eine rasche Einigung.
2. Wir erstreben Höchststärken für Artillerie in der Bandbreite zwischen dem bisherigen westlichen Vorschlag — 16500 — und dem östlichen Gegenvorschlag — 24000. Wenn die Definitionsprobleme

gelöst sind, etwa die Einbeziehung von schweren Panzerabwehrwaffen, liegen diese Zahlen beim genauen Hinschauen weniger weit auseinander als es scheint. Auch dies ist eine gute Vorbedingung für den Erfolg am Verhandlungstisch.

3. Unser Bündnis ist bereit, bereits in der ersten Phase der Wiener Verhandlungen auch über landgestützte Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber zu verhandeln. Wir gehen dabei über die Bedingungen des Ostens hinaus, der durch die Unterscheidung zwischen sogenannten Angriffs- und sogenannten Verteidigungsflugzeugen einen nicht unerheblichen Teil seines eigenen Kräftepotentials ausklammern will.

Unser Vorschlag, der NATO-Vorschlag, erfaßt ohne künstliche und militärisch sinnlose Unterteilungen alle landgestützten Flugzeuge und Hubschrauber. Unser Ziel ist eine gleiche Obergrenze, die 15 Prozent unter dem gegenwärtigen Bestand der westlichen Streitkräfte liegt.

4. Präsident Bush geht es bei seinem Vorschlag nicht nur darum, daß alle diese zu verminderten Waffen abgezogen oder rückverlegt werden. Wir wollen mehr: Wir wollen, daß diese Waffen unter Kontrolle vernichtet werden. Dies ist besonders wichtig bei Flugzeugen; denn gerade sie können sehr leicht von einem Standort zum anderen verlegt werden.

5. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind bereit, mit der Sowjetunion eine gleiche Obergrenze von 275000 Mann für Land- und Luftstreitkräfte zu vereinbaren, die die USA und die Sowjetunion in Europa außerhalb ihres eigenen Staatsgebietes stationieren dürfen. Dies würde eine Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa um rund 30000 Mann bedeuten.

6. Schließlich sieht die Initiative des Präsidenten vor, daß in einem außerordentlich zügigen Zeitplan verhandelt wird:

Innerhalb von sechs bis zwölf Monaten soll ein erstes Abkommen in Wien ausgehandelt und bis 1992/93 durchgeführt werden.

Welche Dynamik dieser Zeitplan in die konventionelle Abrüstung in Europa bringen kann, zeigt besonders der Vergleich mit den letzten sowjetischen Vorschlägen. Die Sowjetunion will die konventionellen Streitkräfte in Europa erst 1997 vermindern. Das ist ein halbes Jahrzehnt später, als es der amerikanische Vorschlag vorsieht.

Die Initiative des amerikanischen Präsidenten ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie erlaubt, die Verhandlungen in Wien und den Vollzug ihrer Ergebnisse mit der Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme zu synchronisieren. Angesichts der gewaltigen Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den nuklearen Flugkörpersystemen kürzerer Reichweite ist nun zunächst die Sowjetunion aufgefordert, ihre Systeme einseitig auf den derzeitigen Stand der integrierten Bündnismitglieder zu vermindern. Gleichzeitig werden die Verbündeten in der Allianz jede Anstrengung unternehmen, um die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa zu einem baldigen und zufriedenstellenden Abschluß zu bringen.

Präsident Bush will den ersten Teil seiner Initiative innerhalb von sechs bis zwölf Monaten erreichen. Ich höre jetzt natürlich immer wieder das Argument, das sei viel zu kurz. Wer diese Frist für zu kurz hält, der möge sich jedoch, bitte, daran erinnern:

Als sich Ende 1986/Anfang 1987 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion der gemeinsame politische Wille herauskristallisierte, die nuklearen Mittelstreckenwaffen zu beseitigen, konnte auch das INF-Abkommen praktisch innerhalb eines

Jahres unter Dach und Fach gebracht werden.

Es liegt in unserem, es liegt im deutschen Interesse, daß der Zeitplan möglichst eingehalten wird. Wer jetzt Ergebnisse im Bereich der konventionellen Abrüstung will, muß die Chance ergreifen, die die amerikanische Initiative bietet.

Sobald ein solches Abkommen über Verminderungen von konventionellen Waffen durchgeführt wird, sind die Vereinigten Staaten in Konsultationen mit den betroffenen Verbündeten bereit, in Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen einzutreten. Deren Ziel wird es sein, eine teilweise Verminderung amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf ein gleiches und überprüfbares Niveau zu erreichen.

Dabei geht unser Bündnis davon aus, daß vertraglich vereinbarte Verminderungen auf Zahlen unterhalb des bestehenden NATO-Niveaus so lange nicht vorgenommen werden, bis die Ergebnisse der konventionellen Verhandlungen in Wien vollzogen worden sind. Nach der Zeittafel von Präsident Bush könnte das bis 1992/93 sein, das heißt, es gibt keinen Grund anzunehmen, daß hier eine Verzögerung geplant sei.

Verteidigung auf niedrigem Niveau

Der dritte große Erfolg von Brüssel ist die Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs. In ihr zeichnet das Bündnis seine Politik für das nächste Jahrzehnt vor. Wir gehen dabei davon aus, daß Risiken fortbestehen und Rüstungspotentiale noch nicht in ein sicheres Gleichgewicht gebracht worden sind, daß sich in der Sowjetunion und in anderen Staaten des Warschauer Pakts Veränderungen vollziehen, die ohne Beispiel sind, und daß sich deshalb historische Möglichkeiten eröffnen, jetzt den

Frieden in Europa mit weniger Waffen dauerhaft zu festigen.

Das Bündnis setzt deshalb auf eine zukunftsgerichtete Fortentwicklung seiner Politik:

Wir wollen eine glaubwürdige Verteidigung auf dem niedrigstmöglichen Niveau von Rüstungen aufrechterhalten, wobei auch künftig die Verbündeten Lasten, Risiken und Verantwortlichkeiten fair teilen werden.

Wir bekennen uns zur ausgewogenen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dazu gehört auch das klare Bekenntnis zur europäischen Einigung, wie es Präsident Bush in Brüssel und in diesen Tagen in seinen Reden in Bonn und Mainz erneuert hat.

Wir wollen die Teilung Europas und nicht zuletzt die Teilung unseres Vaterlandes friedlich und in Freiheit durch Dialog und Zusammenarbeit überwinden.

Ich unterstreiche diese besonders wichtige Aussage.

Die im Bündnis zusammengeschlossenen freiheitlichen Demokratien sind sich einig, daß die tiefgreifenden Umgestaltungen in der Sowjetunion und in anderen Staaten des Warschauer Paktes von historischer Bedeutung sind:

— Generalsekretär Gorbatschow unternimmt den Versuch, sein Land nach innen und nach außen zu öffnen.

Kommunistische Parteien — ich denke an Polen und an Ungarn — diskutieren über die Notwendigkeit, das Wahrheitsmonopol aufzugeben und Macht zu teilen.

— Zentrale Planwirtschaften entdecken die Marktwirtschaft und sprechen von der notwendigen Verantwortung des einzelnen als Zukunftsziel.

— In Diktaturen bricht sich die Idee des

Rechtsstaates Bahn. Die Menschenrechte sollen mehr als bisher geachtet werden.

— Nicht zuletzt entdecken Völker nach Jahrzehnten der Unterdrückung erneut ihre nationale Identität wieder und kämpfen für ihre Freiheit.

Dies alles kann und wird möglicherweise — auch das gehört ins Bild — schwierige Übergänge mit sich bringen. Dabei wissen wir im Westen um die Möglichkeit von Rückschlägen, aber wir setzen in gar keiner Weise auf destabilisierende Entwicklungen, sondern wir setzen auf den Fortgang und den Erfolg der Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, und wir hoffen insbesondere auf große Fortschritte bei den Menschenrechten.

Der Westen — ich sage dies für das ganze Bündnis — ist bereit, diese Entwicklung im Rahmen des Möglichen abzustützen. Für uns gilt: Je mehr Reform, je mehr Öffnung, je weiter die Umgestaltung, desto mehr Chancen eröffnen sich für konstruktiven Dialog und Zusammenarbeit.

Unser Ziel ist dabei unverrückt:

- Wir wollen die Trennung Europas überwinden, die durch politische, wirtschaftliche und vor allem auch ideologische Schranken bewirkt wird.
- Wir wollen, daß Menschen zueinanderkommen.
- Wir wollen trennende Mauern einreißen. Dies muß auch und vor allem für Berlin gelten.

Für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa

Ich danke auch heute und von dieser Stelle aus allen unseren Bündnispartnern für ihre Sorge um unsere alte Hauptstadt Berlin und für ihre Solidarität in der deutschen Frage. In der Brüsseler NATO-Erklärung steht der Satz — ich zitiere —:

Wir streben nach einem Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dies ist eine großartige Unterstützung unserer Politik, für die wir dankbar sind.

Schließlich richtet das Bündnis seinen Blick auf die weltweiten Prozesse und Verantwortlichkeiten. Dort können nur im Zusammenwirken aller Verantwortlichen Lösungen erreicht werden. Zusammenwirken müssen der Westen und der Osten und die Länder der Dritten Welt. Unser Bündnis ruft auf zu gemeinsamen Anstrengungen, zu zukunftsgewandten und friedlichen Lösungen für Konflikte in der Dritten Welt, für die Kontrolle militärischer Spitzentechnologien, für die wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd und für die alles überlagernden Probleme unserer natürlichen Umwelt.

Mit seinem Programm von Brüssel antwortet das NATO-Bündnis auf beispiellose Chancen und wird der historischen Herausforderung gerecht, eine friedlichere Welt und insonderheit eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen.

Pressestimmen zum Brüsseler NATO-Gipfel

„Kohl ist der Kanzler der Abrüstung, aber auch der Champion der Verankerung im Westen.“
(Le Figaro, 1. 6. 1989)

„Bonn ist das Führungsland im europäischen Lager.“
(La Republica, 1. 6. 1989)

„Verstärktes Prestige Bonns“
(France Inter, 30. 5. 1989)

„Die fetteste Beute errang Deutschland.“
(Corriere della Sera, 31. 5. 1989)

„... was uns übrige in der NATO angeht, so schulden wir den Deutschen Dank.“
(The Guardian, 1. 6. 1989)

Geißler-Brief an Simmel:**„Salonsozialist“ verleumdet die CDU**

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem offenen Brief den Schriftsteller Johannes Mario Simmel als millionenschweren Salonsozialisten bezeichnet, der aus der steuerbegünstigten Schweiz unter dem Deckmantel des Antifaschismus die Christdemokraten verleumde.

Sehr geehrter Herr Simmel, in der Juni-Ausgabe des „Vorwärts — Sozialdemokratisches Magazin“ haben Sie in einem Beitrag mit der Überschrift „Küßt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ die Union als rechtsextrem diffamiert und damit Ihren Wahlkampfbeitrag für die SPD — Ihre bei früheren Wahlen auch schon — geleistet. Über die literarische Qualität Ihrer Bücher wird zu Recht gestritten, aber über die Qualität Ihres politischen Urteils kann jetzt nicht mehr gestritten werden.

Sie schreiben u. a.:

„Aber noch viel mehr zum Kotzen finde ich, wie sich CDU und CSU verhalten. Keine Rede davon, daß sie diese Pest bekämpfen. Im Gegenteil, da waren sich alle Unions-Herren sofort einig: Sie müssen noch weiter rechts außen stehen als NPD und Republikaner, damit sie deren Stimmen bekommen.“

„Wenn wir die Neu- und Altnazis nicht zurückjagen in ihre Rattenlöcher, wenn wir uns über die Bundestagswahl hinaus eine Regierung gefallen lassen, die diesen Verbrechern nachhechelt, dann gute Nacht, und es ist dann nicht schade um uns.“

Damit hat die linke Literaturszene in Simmel eine neue Charakterrolle: den millionenschweren Salonsozialisten als Schmierfinken.

Was sind die Tatsachen?

1. Tatsache ist, daß zahlreiche Gründer der CDU geprägt waren durch ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus.
2. Tatsache ist, daß die CDU Ende der 60er Jahre die rechtsextreme NPD mit aller Entschiedenheit bekämpft und wesentlich dazu beigetragen hat, daß diese Partei bei der Bundestagswahl 1969 erfolglos blieb.
3. Tatsache ist, daß ich für die CDU unmittelbar nach dem überraschenden Wahlerfolg der REP in Berlin jede Zusammenarbeit oder gar Koalition mit den REP abgelehnt, zum Kampf gegen den Rechtsradikalismus aufgefordert und vor Schönhuber-Imitatoren gewarnt habe.
4. Tatsache ist, daß der Bundesvorstand der CDU in seiner Erklärung vom 17. 4. 1989 einstimmig jede Koalition mit den sogenannten Republikanern abgelehnt und die Notwendigkeit betont hat, gegen jede Form des politischen Radikalismus zu kämpfen.
5. Tatsache ist, daß die CDU als erste Partei eine 63seitige Dokumentation über die rechtsradikale Politik der REP erarbeitet hat, die ich am 18. Mai 1989 in der Bundespressekonferenz vorgestellt habe. Auf dieser Pressekonferenz habe ich u. a. festgestellt:
„Die CDU lehnt eine Koalition mit der REP auf allen Ebenen ab. Die CDU wird nicht um einiger Wählerprozente willen ihre Seele verkaufen.“
Aber ein Simmel läßt sich ja durch Fakten nicht ins Bockshorn jagen. Ich habe neulich gelesen, Sie recherchierten für Ihre Romane die Fakten bis ins kleinste Detail. Das ist offensichtlich ein Märchen. Sie verleumden aus Ihrer Suite in der steuergün-

stigen Schweiz unter dem Deckmantel des Antifaschismus die Christlich Demokratische Union, aus deren Reihen der Bundespräsident, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, der Bundeskanzler, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, fünf Ministerpräsidenten und Zehntausende von frei gewählten Abgeordneten, Stadt- und Gemeinderäten kommen. Sie verleumdete eine Partei, die durch ihre politische Arbeit entscheidend dazu beigetragen hat, daß die vergangenen vier Jahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland die friedlichste, freiheitlichste und sozial gerechteste Periode deutscher Geschichte geworden sind.

Ich weiß nicht, ob Sie sich wenigstens schämen. Schämen muß sich die SPD, die Ihre Polit-Schmierereien abgedruckt hat.

Dr. Heiner Geißler, MdB

Schändliche DDR-Reaktion auf die Ereignisse in China

Die Reaktion der DDR-Medien auf die schrecklichen Ereignisse in China ist unfaßbar, unglaublich und in höchstem Maße zynisch. Der Tenor lautet, Aufrührer und Provokateure hätten „die Lage vor dem notwendig gewordenen massiven Einsatz des Militärs zugespitzt“ und trügen damit die Verantwortung dafür, „daß die Volksbefreiungsarmee ihre lange geübte Zurückhaltung aufgeben mußte“.

Eine Anzahl von Personen habe in Verkennung der wahren Situation versucht, die Soldaten bei der Durchsetzung ihres Befehls zu hindern. Über die zahllosen getöteten Demonstranten wird nicht berichtet.

Mit dieser wahrheitswidrigen und gänzlich unbegreiflichen Reaktion isoliert sich die DDR-Führung international auf eine

uns Deutsche bedrückende Weise, erklärt **Ottfried Hennig**, Parlamentarischer Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium. Wer die Wahrheit über die grauenvollen Ereignisse in Peking so auf den Kopf stellt, wie das die offiziellen DDR-Medien tun, schadet dem deutschen Namen in der Welt.

Abscheu und Empörung

Zu den Vorgängen in China erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Volker Rühle**: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfindet tiefe Abscheu und Empörung gegenüber dem brutalen Vorgehen gegen die sich für mehr Freiheit und Demokratie einsetzende chinesische Bevölkerung. Für die blutigen Massaker trägt die Führung um Deng Xiaoping die Verantwortung. Die Idee der Freiheit und Demokratie wird jedoch nicht durch Waffengewalt gestoppt werden können. Und die chinesischen Machthaber werden begreifen müssen, daß wirtschaftliche Reformen ohne grundlegende politische Reformen in Richtung auf mehr Freiheit für die einzelnen Menschen zum Scheitern verurteilt sind.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekundet ihre Solidarität und Unterstützung mit den für mehr Freiheit und Demokratie kämpfenden Chinesen.

10.000 Übersiedler aus der DDR

Im Mai kamen mit über 10.000 Übersiedlern mehr Deutsche aus der DDR als in einem ganzen Quartal des Jahres 1988. Wenn die Flucht der Deutschen aus der DDR aufhören soll, muß die SED endlich anfangen, mehr Demokratie zu ermöglichen, Freizügigkeit zu gewähren und die elementaren Menschenrechte zu garantieren.

„Wir lassen uns nicht den Mund verbieten“

In der aktuellen Debatte am 1. Juni 1989 im baden-württembergischen Landtag sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Teufel zum Tagesordnungspunkt „Auswirkungen des Europa-Wahlkampfes der CDU auf die politische Kultur in Baden-Württemberg (beantragt von der Fraktion der Grünen):

Ich suche von mir aus keinen Streit, weil ich glaube, daß wir von den Bürgern gewählt sind, um Probleme zu lösen und die Zukunft zu gestalten. Wer aber, wie die Grünen, mit dieser Debatte — am falschen Ort zum falschen Thema — Streit sucht, der kann ihn haben. Die Grünen stört ein Wahlplakat der CDU zur Europawahl, und sie sehen die politische Kultur gefährdet. Deshalb der Reihe nach zuerst zum Plakat, dann zum Inhalt und dann zur politischen Kultur.

Auf einem Plakat kann man nicht argumentieren und differenzieren, wie in einer Rede. Ein Plakat muß eine Aussage auf den Punkt bringen. Ein Plakat muß in prägnanter Weise unterschiedliche Positionen markieren. Ich finde, daß der Grundgedanke des Slogans „Radikale und SPD — Zukunft und Wohlstand“ richtig ist und argumentativ zu belegen ist. Ein rot-grünes Bündnis ist eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung, ein Hemmschuh für Europa, eine Verschlechterung der inneren Sicherheit und deshalb eine Gefahr für wirtschaftlichen Wohlstand und für soziale Sicherheit.

Wortbruch der SPD

Die SPD hat dies nicht anders gesehen. Noch im Januar dieses Jahres, vor den

Wahlen in Berlin, hat Herr Momper klipp und klar gesagt, ein Bündnis mit der AL werde es für ihn und seine Partei nicht geben. Ja, noch am Wahlabend hat er eine solche Koalition abgelehnt. Inzwischen hat die SPD unter klarem Wortbruch genau diese Koalition mit der AL, dem Berliner Landesverband der Grünen, gemacht. In Frankfurt gibt es eine Zweitauflage dieser Koalition.

Man stelle sich einmal vor, die CDU hätte in einem deutschen Bundesland oder in einer Großstadt eine Koalition mit den Republikanern gemacht. Zu Recht würden Sie Großplakate machen und plakatieren, daß ein Bündnis der Radikalen mit der CDU die Zukunft unseres Landes gefährdet.

Wir sind nicht auf einem Auge blind. Wir lehnen ein Bündnis mit Rechtsaußen und Linksaußen ab. Mit solchen Kräften sollte keine große Volkspartei koalieren, das sage ich mit aller Eindringlichkeit an die Adresse der SPD. Die Parolen und Zielsetzungen dieser politischen Kräfte dürfen nicht durch uns legitimiert werden.

Genau das ist durch das Bündnis SPD/AL in Berlin geschehen. Ich befasse mich mit Fakten, und zwar nicht mit dem Wahlprogramm der AL, in dem noch viel abstrusere Dinge stehen, sondern mit der Koalitionsvereinbarung.

Menschenrechte sind unteilbar

In dieser Koalitionsvereinbarung für Berlin steht kein Wort zur Mauer, kein Wort zur Wiedervereinigung, kein Wort zum Selbstbestimmungsrecht. Dafür werden die Zahlungen des Landes Berlin an die Zentrale Erfassungsstelle für Menschen-

rechtsverletzungen in Salzgitter eingestellt. Dabei hat diese Zentralstelle allein im vergangenen Jahr 1.232 Gewalttaten in der DDR registriert. Insgesamt sind es 38.418 Gewalttaten, darunter Hunderte von Erschießungen von Flüchtlingen an der Mauer und an der Zonengrenze. Was ist denn von Parteien zu halten, die — zu Recht — täglich gegen Menschenrechtsverletzungen in Südafrika und Chile protestieren, aber brutale Menschenrechtsverletzungen in der DDR nicht einmal mehr registrieren wollen? Menschenrechte sind doch unteilbar.

Diese Fakten sollen wir nicht mehr nennen dürfen, weil es angeblich gegen die politische Kultur verstößt?

Zur inneren Sicherheit hat die Berliner Koalition von SPD und AL vereinbart:

- keine Sondereinheiten der Polizei;
- Vorrang politischer Problemlösungen gegenüber polizeilicher Problemlösungen;
- Abbau von Feindbildern auf allen Seiten;
- neue, flexible Einsatzstrategien bei den Demonstrationen mit größtmöglicher Offenheit gegenüber den Veranstaltern;
- so wenig sichtbare Polizeipräsenz wie möglich;
- Verpflichtung jedes Polizeibeamten zur Aushändigung der Dienstkarte, ohne Ausnahme;
- Beschränkung der Bewaffnung der Polizei auf das nach dieser neuen Konzeption notwendige Maß, insbesondere Verzicht auf polizeifremde Waffenarten.

Diese neue Strategie mit beschränkter Bewaffnung der Polizei, mit wenig sichtbarer Polizeipräsenz und größtmöglicher Offenheit gegenüber dem Veranstalter wurde erstmals am 1. Mai in Berlin angewandt. Das Ergebnis:

- Schäden in Millionenhöhe, Plünderung

von Läden, ausgebrannte Autos, Verletzung von 346 Polizeibeamten.

Die verordnete Taktik der „De-eskalation“ hat zu einer Eskalation der Gewalt, zu einer Gefährdung des inneren Friedens geführt. Extremisten auf der Linken und Extremisten auf der Rechten schaukeln sich gegenseitig hoch.

Wann erkennt die SPD, daß nicht die Anwesenheit der Polizei Ursache der Gewalt ist, sondern das kriminelle Potential autonomer und radikaler Gruppen?

Das alles soll man nicht mehr sagen und fragen dürfen, weil das Aufzeigen der Fakten angeblich gegen die politische Kultur verstößt.

Das Chaos ist vorprogrammiert

Zum Strafvollzug vereinbarten SPD und AL nach dem Fachorgan „Der Strafvollzug“ Nr. 11/89:

- Erweiterung von Urlaub und Vollzugslockerungen;
- offener Vollzug als Regelvollzug;
- keine Vermehrung der Haftplätze;
- Schließung der Frauenhaftanstalt;
- Schließung von Sicherheitsbereichen für gefährliche Gefangene;
- Auflösung der Sicherungsgruppen;
- Abschaffung von Arrestzellen;
- Auflösung des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten;
- Akteneinsichtsrecht der Gefangenen in ihre Gefangenen-Personalakte.

Das Fachorgan der Strafvollzugsbeamten „Der Strafvollzug“ berichtet wörtlich: „Die AL hat ihr Ziel, die Abschaffung der Vollzugsanstalten in der Koalitionsvereinbarung festschreiben zu lassen, über den Umweg gezielter Einzelmaßnahmen erreicht. Die Zusammenfassung aller beabsichtigten Maßnahmen bedeutet die bewußte Zerschlagung des Berliner Strafvollzugs. Das Chaos ist vorprogram-

miert . . . Der Hungerstreik linksterroristischer Gewalttäterinnen begann in Berlin zeitgleich mit der Aufnahme der Koalitionsvereinbarungen über den Justizvollzug, bei denen die AL auch Forderungen zur Zusammenlegung linksterroristischer Gewalttäter stellte.“

Die Haltung des SPD/AL-Senats von Berlin zum Hungerstreik und zur Zusammenlegung der rechtskräftig verurteilten Terroristen ist bekannt. Nach Abbruch des Hungerstreiks erklärte der Regierende Bürgermeister Momper, die Inhaftierten hätten „eine wichtige Vorleistung gebracht“. Berlin stehe weiterhin zu seiner Bereitschaft, einer Zusammenlegung zuzustimmen.

So ist der Rechtsstaat gefährdet

Solche Fakten soll man nicht mehr nennen dürfen, weil ihre Einführung in die öffentliche Diskussion angeblich die politische Kultur gefährdet. In Wirklichkeit gefährdet eine solche Politik von SPD und AL zentrale Prinzipien des Rechtsstaats.

Die Grünen haben vor kurzem auf Bundesebene einen Beschluß zur Ausländerpolitik verabschiedet. Ich zitiere aus dem Pressedienst der Grünen wörtlich:

„Es gibt keine von Ausländer- oder Flüchtlingsproblemen überforderte Europäische Gemeinschaft, weder ökonomisch noch sozial, noch kulturell; was es jedoch gibt, ist die weltweite Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung und der sozialen, politischen und militärischen Unterdrückung durch die Industrienationen der Europäischen Gemeinschaft.“

„Die Grünen betrachten das Bleiberecht als ein weltweites überstaatliches Menschenrecht, das keine Grenzen kennt. Es ist unvereinbar mit jeder Abschottung von Grenzen . . . Der Leitgedanke des Bleiberechts beinhaltet die Abschaffung aller Antragsverfahren und die Beseitigung aller

administrativen Barrieren und Hindernisse.“

Das alles soll man den Bürgern vor der Europawahl nicht sagen dürfen, weil man sonst gegen die politische Kultur verstößt.

Einer der Verhandlungsführer der AL mit der SPD war der Rechtsanwalt und Linksanwalt Ströbele, der 1982 wegen Unterstützung der RAF rechtskräftig zu zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

„Die Grünen übernahmen mit der Erbschaft der ‚Neuen Linken‘ nicht nur eine Vielzahl von Personen, sondern auch das theoretische und ideologische Erbe dieses linken Radikalismus.“ Das ist nicht eine böse Behauptung von mir über die Grünen, sondern eine wörtliche Aussage von Joschka Fischer.

Die AL ist nach Herrn Ströbele „die APO der 80er Jahre“. Im Jahrbuch zum zehnjährigen Bestehen der AL heißt es: *„Der Hauptinhalt unserer Revolution liegt weniger in der Entmachtung der wirtschaftlich und politisch Mächtigen, sondern mehr in der radikalen Veränderung des Systems der Überzeugungen, Lebensvorstellungen und Gewohnheiten der Menschen.“*

Mit dieser Gruppierung koalitiert die SPD. Und da soll man nicht sagen dürfen, daß ein solches Bündnis die Zukunft unseres Landes gefährdet.

Vor der Berliner Wahl, am 23. Januar 1989, erklärte Hans-Jochen Vogel für das Parteipräsidium der SPD: „Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“

Wir sagen auf unserem Plakat nach der Berliner Wahl und vor der Europawahl das gleiche, und wir fügen hinzu: Wer mit der AL koalitiert, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.

Da wird meiner Partei vorgeworfen, sie verstoße gegen die politische Kultur, der

Partei wird das vorgeworfen, der in früheren Wahlkämpfen auf Plakaten die Friedensfähigkeit abgesprochen wurde.

— „Statt Strauß den Frieden wählen.“

— „Helmut Schmidt: Kanzler des Friedens. F. J. Strauß: Kandidat des Unfriedens.“

— „Wer Kohl wählt, bekommt automatisch neue Raketen.“

(Das wird gegen den Kanzler gesagt, in dessen Amtszeit zum erstenmal Raketen abgerüstet werden.)

Wir kennen die Lehren von Weimar

Wir lassen uns von Ihnen nicht mit dem Totschlagargument „Verstoß gegen die politische Kultur“ den Mund verbieten. Wir kennen die Lehren von Weimar und wissen, daß Radikale von rechts und links die Demokratie zerstören können. Wir wissen, daß Demokraten Radikale bekämpfen und nicht hoffähig machen sollten. Wir sagen den Bürgern, daß sie Radikale von rechts und links mit dem Stimmzettel stoppen können. Wir sagen ihnen, daß Radikale von links und von rechts in diesem Europawahlkampf beide die EG ablehnen. Wir aber sehen unsere

Zukunft in der Europäischen Gemeinschaft.

Die CDU hat sich nicht zu rechtfertigen für ihr Wahlplakat. Wir können seine Aussage mit Fakten belegen. Wenn sich jemand rechtfertigen muß, dann diejenigen, die in Aussagen, in Koalitionsvereinbarungen und in Koalitionen und in praktischer Politik solche Ziele verfolgen, wie ich sie gerade dargestellt habe.

Deutlich weniger Asylbewerber

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen gegen den Asylmißbrauch durch Polen und Jugoslawen zeigen sichtbare Wirkung. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Mai 1989 6.540 Asylbewerber (Vormonat: 8.358) registriert. Die Zahl ist damit erneut erheblich zurückgegangen, allein gegenüber dem Vormonat um über 22 Prozent und hat sich gegenüber Februar, als über 12.000 Personen registriert wurden, nahezu halbiert. Auch gegenüber dem Vorjahresmonat Mai 1988 haben die Asylzahlen deutlich abgenommen (7.173 Personen). Gleichwohl liegt der Asylbewerberzugang in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit 49.684 Personen noch immer um etwa 35 Prozent über dem des Vergleichszeitraumes des Vorjahres (31.962 Personen).

Peter-Uwe Conrad zum Generalsekretär gewählt

Neuer Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein ist der bisherige Abteilungsleiter im Kieler Umweltministerium, Peter-Uwe Conrad. Als einziger Kandidat vom Landesvorstand vorgeschlagen, erhielt Conrad auf einem außerordentlichen Parteitag der Landespartei am Samstag, 3. Juni 1989, in Eckernförde 195 von 277 abgegebenen Stimmen. 20 Delegierte enthielten sich.

Achtung, CDU-TV-Spots

Zu folgenden Zeiten sehen Sie im Fernsehen TV-Spots der CDU zur Europawahl in einer Länge von ca. 2½ Minuten:

- 12. Juni, 17.42 Uhr (SAT 1)
- 12. Juni, 21.40 Uhr (RTL plus)
- 13. Juni, 20.15 Uhr (ARD)
- 13. Juni, 22.10 Uhr (ZDF)
- 14. Juni, 17.42 Uhr (SAT 1)
- 14. Juni, 19.21 Uhr (ZDF)
- 16. Juni, 17.42 Uhr (SAT 1)
- 16. Juni, 17.45 Uhr (RTL plus)
- 16. Juni, 21.50 Uhr (ARD)
- 17. Juni, 18.57 Uhr (SAT 1)

Eine gute Nachricht:

Arbeitslosigkeit unter der 2-Millionen-Grenze

Wir haben im Mai eine Schallmauer durchbrochen, stellte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einer Regierungserklärung am 2. Juni im Deutschen Bundestag fest. Die Arbeitslosigkeit liegt erstmals seit Oktober 1982 wieder unter der 2-Millionen-Grenze. Mit weniger als 1,95 Millionen Arbeitslosen wurde die 2-Millionen-Marke unterschritten. Das ist ein wichtiges Datum der Zuversicht. Im letzten Monat hat die Zahl der Arbeitslosen um rund 90.000 abgenommen. Tag für Tag ist das ein Rückgang um rund 3.000.

Das ist kein Grund für Zufriedenheit. Denn wir sind noch nicht am Ziel. Aber es ist ein Anlaß für Zuversicht, daß wir die Arbeitslosigkeit Schritt für Schritt zurückdrängen. U. a. sagte Norbert Blüm zur Lage auf dem Arbeitsmarkt:

Wir kommen voran. Nach Jahren der Talfahrt geht es wieder bergauf mit den Arbeitsplätzen. Seit 1983 haben wir mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen. Saisonbereinigt hatten wir im März und April über 27,5 Mio. Erwerbstätige in der Bundesrepublik. Das ist der höchste Beschäftigungsstand in der 40-jährigen Geschichte unserer Republik. Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit weist von September 1983 bis September 1988 einen Zuwachs von 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf.

Vor allem die Frauen haben von diesem Beschäftigungsgewinn profitiert. Über 700.000 Frauen haben seitdem zusätzlich einen Arbeitsplatz neu gefunden. Nie

zuvor hatten mehr Frauen einen Arbeitsplatz als heute.

Die Arbeitslosenzahlen sind nicht in gleicher Stärke gesunken wie die Zahl der Arbeitsplätze sich erhöht hat. Das hängt damit zusammen, daß die Nachfrage nach Arbeit gewachsen ist.

Die demographische Entwicklung durch die geburtenstarken Jahrgänge erhöhte das Arbeitskräftepotential bei Deutschen um 443.000, bei Ausländern um 294.000, das gestiegene Erwerbsverhalten vor allem von Frauen erhöhte es um 250.000, die Zuwanderung von Aussiedlern, Übersiedlern und Ausländern erhöhte es um 278.000.

Am größten sind unsere Erfolge im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen betrug im März 1989 bei uns 16,8 %, in Italien lag er bei 54,2 %, in Spanien bei 42,8 %, in Frankreich bei 29,3 % und in Großbritannien bei 28,8 Prozent.

Erstmals seit 1981 gibt es wieder Angebotsüberhänge bei den Ausbildungsplätzen. 1988 wurden 610.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Tatsächlich angeboten wurden fast 672.000 Ausbildungsstellen. Ende April 1989 standen 238.396 offenen Stellen knapp 170.000 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber.

Die Zahl der Kurzarbeiter, die Ende 1982 auf über 1,1 Millionen Arbeitnehmer gestiegen war, lag im April 1989 bei 200.000. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen hat sich seit Ende 1982 vervierfacht.

Hilfe für Langzeitarbeitslose

Ein Hilfsprogramm für rund 60 000 Langzeitarbeitslose ist in einem Gespräch unter Vorsitz von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) von den Spitzenverbänden der Sozialpartner, Gebietskörperschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden akzeptiert worden. Für Lohnkostenzuschüsse und andere Hilfen sollen ab Juli dieses Jahres bis 1992 vom Bund 1,75 Milliarden Mark bereitgestellt werden.

Mit zeitlich befristeten, gestaffelten Lohnkostenzuschüssen von insgesamt 1,5 Milliarden Mark sollen Arbeitgeber dazu bewegt werden, Menschen einzustellen, die ein Jahr und länger ohne Stelle waren. Weitere 250 Millionen Mark stehen für Projekte bereit, mit denen besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose gefördert werden sollen.

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** sagte zur Einleitung des Gesprächs am „Runden Tisch sozialer Verantwortung“ zur Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit u. a.:

Das Gespräch, das wir jetzt führen, ist nur eine Initiative. Ich hoffe, daß sie als eine Initialzündung weiterer Initiativen wirkt. Wir brauchen Hilfen vor Ort. Die Lage ist regional und sektoral unterschiedlich, und die Voraussetzungen der Hilfen sind nicht überall gleich.

Ich wünsche mir, daß überall die Institution des „Runden Tisches“ Menschen und Gruppen zur sozialen Verantwortung zusammenbringt. Es gibt so viel guten Willen in unserem Land. Er muß gebündelt werden, die Initiativen sollen koordiniert werden.

Unser Beitrag:

Lohnkostenzuschüsse für Langzeitar-

beitslose für 1 Jahr (1,5 Mrd. DM Gesamtvolumen)

1 bis 2 Jahre arbeitslos
60 Prozent — 1. Halbjahr
40 Prozent — 2. Halbjahr

2 bis 3 Jahre arbeitslos
70 Prozent — 1. Halbjahr
50 Prozent — 2. Halbjahr

Über 3 Jahre arbeitslos
80 Prozent — 1. Halbjahr
60 Prozent — 2. Halbjahr

250 Mio. DM für neue Wege der Motivierung und Betreuung der Langzeitarbeitslosen.

Das ist ein konkreter Beitrag. Aber es muß weitergehen:

- Allgemeine Qualifizierung bleibt Hauptaufgabe der Betriebe, so wichtig wie Investitionen.
- Neue Arbeitszeitformen wie beispielsweise Teilzeit müssen verbreitet werden.
- Neue Beschäftigungsfelder müssen erobert werden.
- Die 5 Mrd. DM, die das Gesundheitsreformgesetz zur Verfügung stellt, können zum Ausbau einer Infrastruktur ambulanter Pflege benutzt werden. Sind wir darauf vorbereitet, beruflich und institutionell?
- Jährlich 2,45 Mrd. DM aus dem Strukturhilfegesetz können neue Beschäftigten schaffen helfen und Einstieg auch für Arbeitslose werden.
- Vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit kann durch uneingeschränkte Meldung der offenen Stellen verbessert werden.
- Der Umweltschutz schafft Arbeit.

Norbert Blüm:

Gesundheitsreform deutlich auf Erfolgskurs

„Es wird täglich deutlicher: Die Gesundheitsreform entlastet unsere Bürger. Es spricht sich herum: Stabile Beiträge und neue Leistungen kommen allen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung zugute.“

Die Koalition der Mitte hat Wort gehalten. Wir haben unsere Handlungsfähigkeit für das Gemeinwohl und Gestaltungskraft für die Zukunft gegen Geschmacklosigkeit jeder Art, gegen Unwahrheiten und Verdrehen unserer politischen Gegner unter Beweis gestellt. Unsere Reform ist eine Reform für die Versicherten, denn

- erstmals seit 4 Jahren gab es nicht die üblichen Beitragsanhebungen. 4 Milliarden Mark bleiben deshalb in den Taschen der Beitragszahler;
- den Vorteil haben auch die Rentner: Ihre Rentenanpassung zum 1. Juli 1989 fällt höher aus als erwartet;
- die Allgemeinen Ortskrankenkassen prognostizieren stabile Beiträge bis in das Jahr 1992 hinein; für die nächsten Quartale rechnen sie mit Ausgabenrückgängen von 4 bis 5 Prozent;
- die Pharmaindustrie leistet ihren Solidarbeitrag. Für einige Medikamente wurden bereits die Preise gesenkt. Wenn in der zweiten Jahreshälfte für Medikamente mit einem Umsatzvolumen von 2 Milliarden Mark in der gesetzlichen Krankenversicherung Festbeträge in Kraft treten, dann kommen die Arzneimittelpreise auf breiter Front ins Wanken;
- davon profitieren die Versicherten

gleich zweifach: Für Medikamente mit Festbeträgen entfällt künftig die Rezeptgebühr von 3 Mark je Medikament, die Krankenkassen erhalten Spielraum, das eingesparte Geld durch Beitragssenkungen zugunsten der Versicherten zu verwenden;

- fast die Hälfte des gesparten Geldes geben wir für neue Leistungen aus. Davon profitieren vor allem die Mitbürger, die zu Hause Schwerpflegebedürftige betreuen;
- wir verbessern den Anspruch auf Vorsorgeuntersuchungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene vom 35. Lebensjahr an;
- wir stärken Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Vorbeugung;
- wir verbessern die Rechtsstellung der Frauen durch Einführung einer eigenständigen Familienversicherung;
- die Ansprüche auf laufendes Mutterschaftsgeld werden verbessert;
- ein einheitliches Entbindungsgeld wird eingeführt.

Kurzum: Die Gesundheitsreform ist auf Erfolgskurs. Wir sichern unser freiheitliches Gesundheitssystem zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen für Versicherte und Leistungsanbieter.“

Die Gesundheitsreform wirkt: Davon kann sich jeder selbst überzeugen. Er braucht nur die Zeitung aufzuschlagen. Da wird er zunächst feststellen, daß die Horrormeldungen zur Gesundheitsreform wie Luftblasen zerplatzen:

- Der Geschäftsführer des Bundesverbandes der pharmazeutischen Industrie,

Hans Rüdiger Vogel, bekennt offen, daß es falsch war, den Versicherten den „Weltuntergang“ einzureden. (dpa 6. 4.)

● Die medizinische Versorgung aller Versicherten bleibe nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen gesichert, betonte der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, bei der Eröffnung des Deutschen Ärztetages in Berlin. (Neue Ärztliche 3. 5.)

● Der Zentralverband der Krankengymnasten erklärt, es habe nach Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes keinen Rückgang an Behandlungen gegeben. Die Patienten seien eher erstaunt, daß die Zuzahlungen mit durchschnittlich 1,89 Mark je Einzelbehandlung sehr niedrig ausfalle. (dpa 28. 4.)

● Die Zahntechniker geben zu, daß sie im ersten Quartal dieses Jahres nicht im zunächst befürchteten Umfang Umsatzeinbußen hinnehmen mußten. (Handelsblatt 25. 4.)

● Der Kommentar der Ärztezeitung muß zugeben, daß sich bis jetzt in den Praxen noch nicht viel geändert hat. (26. 5.)

Es spricht sich also herum: Die Gesundheitsreform ist besser als ihr Ruf. Das sagt nicht nur Norbert Blüm. Dr. Heinrich Reiter (Handelsblatt 24. 2.), Präsident des Bundessozialgerichts, stimmt dem ebenso zu wie ein Arzt aus Gießen, der sich in der Frankfurter Rundschau (26. 5.) dazu bekennt, nicht ohne zu erwähnen, daß er eigentlich „rot-grün“ sei.

Der abziehende Dunstschleier der Desinformation macht endlich auch die Sicht frei auf die eigentlichen Erfolge der Reform:

● Die Beitragszahler werden entlastet. Zum ersten Mal seit 4 Jahren bleiben zum Jahresanfang 1989 die Beitragssätze für die gesetzliche Krankenversicherung im Bundesdurchschnitt stabil.

● Berechnungen des AOK-Bundesver-

bandes zeigen, daß es durch die Gesundheitsreform insgesamt zu erheblichen finanziellen Entlastungen kommen kann. (Süddeutsche Zeitung 24. 5.) Die Betriebskrankenkassen melden: „spürbarer Ausgabenrückgang im 1. Quartal 1989 durch das GRG“ (Presseerklärung vom 28. 4. 89)

● Die Pharmaindustrie leistet allen Unkenrufen zum Trotz einen deutlichen Solidarbeitrag. Dazu die „Neue Ärztliche“: „Der Aufschrei der Pharmaindustrie erfolgt“, weil mit den Festbeträgen nun der vom Gesetzgeber gewollte und einkalkulierte Beitrag der Leistungserbringer zur Gesundheitsreform beginnt.“ (16. 5. 89)

● Die Festbeträge wirken aber bereits, bevor sie in Kraft sind: Die Firma Thomae in Bieberach hat als erstes Pharmaunternehmen die Preise für zwei ihrer wichtigsten Produkte um 25 bis 30 Prozent reduziert.

● Wie Festbeträge den Wettbewerb stimulieren, zeigt sich bereits bei Brillengestellen: Seit die Zuzahlung von 40 auf 20 Mark gesenkt wurde, bieten etwa die Hälfte der 7.400 Optiker-Geschäfte in der Bundesrepublik Brillengestelle zum neuen Festbetrag an.

Wir sind also auf dem richtigen Weg, das angepeilte Einsparziel von 13,8 Milliarden Mark zu erreichen. Davon profitieren neben den Beitragszahlern auch die Rentner, deren Rentenanpassung zum Juli dieses Jahres bereits höher ausfallen wird als ursprünglich angenommen wurde.

Über 4 Prozent Wachstum

Das reale Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik Deutschland erreichte im ersten Quartal dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum beachtliche 4,2 Prozent. Dies ist der größte Wachstumssprung seit 1984.

Ulf Fink wiedergewählt

Die Leitanträge unter Dach und Fach, überzeugende Auftritte des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs — die Delegierten der 23. Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) konnten aus Königswinter (2. bis 4. Juni 1989) zufrieden nach Hause fahren.

Der alte und neue Bundesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Ulf Fink, hatte bei seinem ersten CDA-Bundeskongreß als Vorsitzender keine Zitterpartie zu bestehen. Der ehemalige Berliner Sozialsenator erhielt als einziger Kandidat 275 von 321 Stimmen der Delegierten. Als Schatzmeister wurde der Kölner CDU-Landtagsabgeordnete Heinz Soenius mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Leitanträge „Zukunft der Arbeit — Zukunft des Sozialstaates“ und „Politik und Frauen in der CDA“ waren beide von den rund 330 Delegierten angenommen worden. Programmatisch sind damit die nächsten beiden Jahre abgedeckt.

Emotionen kamen lediglich beim Thema Frauenpolitik auf. Erst nach einer Änderung des Textes nahmen die Delegierten diesen Leitantrag an, durch den der Frauenanteil in der Mitgliedschaft und den Entscheidungsgremien der CDA auf ein Drittel gesteigert werden soll. Immerhin, so der CDA-Bundesvorsitzende, sei damit die Forderung nach mehr Frauen in Ämtern und Positionen auch in den Sozialausschüssen fest verankert. Fink begrüßte das Programm der Regierung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Es sei besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

Fink wurde in seinen Forderungen von der Vorsitzenden der Frauen-Union, Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, unter-

stützt. Zusätzliche Leistungen für Mütter und Erziehende seien „unverzichtbar“. Norbert Blüm bezeichnete die Gesundheitsreform und die Familienpolitik der Regierung als erfolgreich. Als früherer Vorsitzender der CDA nannte Blüm die Sozialausschüsse „Pfadfinder“ für neue Probleme in der Gesellschaft.

Mit stehenden Ovationen bekundeten die Sozialausschüsse am Samstag Helmut Kohl und Sonntag Generalsekretär Heiner Geißler ihre Sympathie.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der mit den etwa 400 Tagungsteilnehmern am Samstag diskutiert hatte, wies ebenso wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler einen Tag später jede Koalition mit radikalen Kräften entschieden zurück. Er rief die Sozialausschüsse der Union dazu auf, die Bekämpfung der radikalen Parteien in den Betrieben aufzunehmen. Zwischen rechts und links gebe es da überhaupt keinen Unterschied, sagte Helmut Kohl. Die Radikalen versuchten vor allem bei den Arbeitnehmern anzusetzen.

Helmut Kohl richtete an die Delegierten der Sozialausschüsse in Königswinter die Worte, die Regierungschefs der EG würden noch in diesem Jahr eine europäische Sozialcharta verabschieden, wobei es mit ihm eine Einschränkung der Mitbestimmung und den Abbau von Sozialrechten nicht geben werde.

Heiner Geißler unterstützte ausdrücklich die CDA-Auffassung, daß der Begriff der Arbeit heute außer der herkömmlichen Erwerbsarbeit auch die ehrenamtliche Nicht-Erwerbsarbeit umfasse. So gebe es heute nicht nur die Erwerbstätigkeit in Fabrik oder Büro, sondern auch die Tätigkeit für die Familie und Pflegebedürftige.

Die europäische Dimension im Unterricht der Schule

Mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes ab 1993 beginnt ein neues und entscheidendes Kapitel in der Geschichte der europäischen Einigung. Der Fortfall der Binnengrenzen in den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird das Gesicht des Kontinents prägen. Die Bürger Europas werden lernen, in neuen Dimensionen zu denken, stellt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Kultusminister Georg Gölter fest.

Das nationale Bildungssystem muß sich auf die europäische Integration einstellen. Die jungen Menschen müssen intensiv auf die neue Situation, als Europäer in Europa zu leben, vorbereitet werden. Europa wird gerade der jungen Generation eine Fülle von Chancen bieten. Mehr als bisher muß insbesondere auch der Unterricht der Schule einen Beitrag leisten, dem Schüler einen fundierten Zugang zu Europa und damit eine sachgerechte Planung seiner persönlichen Zukunft zu ermöglichen.

1. Der Unterricht muß umfassend über Europa informieren

Nach den Richtlinien für den Unterricht an allgemeinbildenden Schulen wird das Thema „Europa“ überwiegend in den Fächern Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde und Sozialkunde behandelt. Auch für die anderen in Betracht kommenden Fächer ist eine stärkere Behandlung europäischer Themen zu fordern: In der Behandlung von Literatur, Kunst,

Philosophie/Ethik und Religion ist die gemeinsame kulturelle Identität Europas hervorzuheben. Gemeinsam steht Europa in der Tradition der Antike, des Christentums und der Aufklärung. Von Europa gingen und gehen entscheidende Impulse zur Entwicklung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte aus. Die Kultur Europas bildet das geistige Fundament der europäischen Einigung, deren Ziele sich nicht auf die wirtschaftliche und politische Integration beschränken. Es muß immer wieder deutlich werden, daß Europa auch eine Werte- und Kulturgemeinschaft ist.

Der Binnenmarkt wird die berufliche Zukunft und Mobilität der jungen Generation erheblich beeinflussen. Deshalb sind für jeden Schüler Kenntnisse über die Zusammenhänge der europäischen Wirtschaft unverzichtbar. „Europäische Wirtschaftskunde“ muß deshalb zum Thema des Unterrichts werden. In diesen Zusammenhang gehören auch eine europäorientierte Verbraucherbildung und Umweltbildung.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes bekommen die sozialen Grundrechte eine zusätzliche, europaweite Bedeutung. Dazu gehören u. a. die Freizügigkeit von Personen, d. h. ihre Niederlassungsfreiheit, und damit die Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen sowie die Angleichung von Ausbildungsgängen. Damit junge Menschen ihre Zukunft realistisch planen können, muß die Schule ausreichende Grundinformationen über soziale Grundrechte in Europa vermitteln.

2. Die Lehr- und Lernmittel der Schule müssen europagerecht gestaltet werden

Die Lehr- und Lernmittel der Schule werden in der Regel für mehrere Schülerjahrgänge eingesetzt. Viele Bestände sind in bezug auf europäische Themenstellungen inzwischen veraltet. Im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes bis Ende 1992 ist eine umgehende Revision vorzunehmen:

In die Lehrbücher der einschlägigen Fächer sind aktuelle und grundlegende Informationen über die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften aufzunehmen.

Die kartographischen Lehrmittel sind zu aktualisieren und um europa-spezifische Darstellungen zu ergänzen.

An den Schulen ist ein informatives europäisches Lesebuch einzuführen, das die verschiedenen Institutionen, Organe und Tätigkeitsfelder der EG darstellt, Problemfelder aufzeigt, Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion stellt und die Erfolge und weiteren Chancen der europäischen Einigung hervorhebt.

Für den Unterricht der Schule soll ein kurzgefaßtes, graphisch ansprechend gestaltetes „Handbuch der europäischen Institutionenkunde“ erarbeitet werden. Ein solches Handbuch, das auch in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung eingesetzt werden kann, soll in verschiedenen Sprachen die Geschichte der EWG/EG sowie deren Organe, Institutionen und Symbole darstellen. Auch der Europarat muß in diesem Handbuch behandelt werden.

3. Der Fremdsprachenunterricht an den Schulen muß intensiviert werden

Die mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zu erwartende grö-

ßere Mobilität wird die Bürger der verschiedenen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft beruflich und privat mehr zusammenführen. Ohne Fremdsprachenkenntnisse können die Chancen, die die europäische Einigung bietet, nicht ausreichend wahrgenommen werden. Ziel muß deshalb sein, daß jeder Jugendliche im Rahmen der schulischen Allgemeinbildung die Sprache mindestens eines anderen Mitgliedslandes erlernt. Neben der englischen kommt der französischen Sprache aufgrund des deutsch-französischen Vertrages besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus sollte die Schule die Möglichkeit bieten, Teilfertigkeiten in weiteren Sprachen zu erwerben. Europas Bürger brauchen neben der fundierten Fremdsprachenkenntnis auch die Fähigkeit, mit der Vielfalt der Sprachen in Europa im Alltag angemessen umgehen zu können.

Auch in vielen Berufen werden die Anforderungen an die Sprachkompetenz zunehmen. Deshalb ist an den beruflichen Vollzeitschulen der Unterricht in Fremdsprachen unverzichtbar. In der Berufsschule kommt dem Fach Englisch eine wachsende Bedeutung zu.

Die Einrichtung bilingualer Schulen oder Schulzüge ist zu fördern.

Der Fremdsprachenunterricht muß in seiner inhaltlichen Struktur insgesamt europäische Themenstellungen verstärkt einbinden.

4. Europäische Schulpartnerschaften müssen ausgebaut und gepflegt werden

Über den Unterricht der Schule hinaus muß der Schüler Gelegenheit erhalten, unter fachkundiger pädagogischer Anleitung europäische Länder kennenzulernen. Die Schüler sind über deren politische, wirtschaftliche und sozialen Ver-

hältnisse zu informieren. Schulpartnerschaften und Schüleraustausch bieten effektive Möglichkeiten, dem Schüler europäische Erfahrungen zu vermitteln und europäische Entwicklungen in die Ausbildung einzubeziehen. Die Schulverwaltungen der Bundesländer sollen sich deshalb stärker als bisher um die Vermittlung von Schulpartnerschaften bemühen. Dabei sind regionale Gegebenheiten wie z. B. bestehende Städtepartnerschaften oder wirtschaftliche Verbindungen zwischen Heimatregion und einem anderen EG-Mitgliedsland besonders zu berücksichtigen.

Wo Teilfertigkeiten in weiteren Sprachen vermittelt werden, können Schulpartnerschaften mit entsprechenden Ländern den Sprachunterricht in besonderer Weise ergänzen.

5. Die Lehrer müssen „fit“ für Europa sein

Die Behandlung Europas im Unterricht der Schule steht und fällt mit dem Selbstverständnis der einzelnen Schule und mit dem Engagement des Lehrers. Die Einigung Europas bedarf nach wie vor nachhaltiger Überzeugungsarbeit für dieses historische Ziel. Deshalb müssen Lehrer in verstärktem Maße befähigt werden, die Europathematik sachkundig und didaktisch gut aufbereitet ihren Schülern zu vermitteln.

Die Hochschulen müssen für angehende Fremdsprachenlehrer europäische Inhalte in das Studium integrieren; auch Studienseminare müssen dieser Thematik Rechnung tragen. Studenten, die Fremdsprachen studieren, sollten ein Jahr ihres Studiums im Ausland absolvieren.

Die Europäische Gemeinschaft sollte durch ein entsprechendes Programm Mittel für einen verstärkten europaweiten Lehreraustausch bereitstellen.

6. Die Ausbildungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland müssen denen der EG-Länder angepaßt werden

Die Ausbildungszeiten sind in der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich zu lang. Deutsche Absolventen gelangen erst zu einem Zeitpunkt auf den Arbeitsmarkt, wenn junge Menschen aus anderen Ländern der EG schon mehrere Jahre Berufserfahrung haben sammeln können.

Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten ist dringend erforderlich, um die Chancen junger Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland auf dem Arbeitsmarkt Europa zukünftig zu sichern.

7. Das föderale System verlangt eine intensivere Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Ebenen

Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland findet insgesamt in den Ländern der EG keine Entsprechung. Es garantiert kulturelle Vielfalt und muß erhalten bleiben.

Die Europäische Gemeinschaft muß das Subsidiaritätsprinzip respektieren und darf nur Aufgaben wahrnehmen sowie Aktionen und Programme beschließen, die von den einzelnen Mitgliedstaaten alleine nicht bewältigt werden können und deshalb einen „europäischen Mehrwert“ haben. Die Aufteilung in verschiedene Entscheidungszentren in unserem Land darf nicht zu einer Beeinträchtigung der deutschen Position in Europa führen. Deshalb ist die Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern sowie die Zusammenarbeit mit den Politikern auf der europäischen Ebene zu verstärken.

Wahlkampfendspurt: Aktionstips

Die letzte Woche im Wahlkampf: Das ist wie das Einlaufen in die Zielgerade nach einem Langstreckenrennen — jetzt müssen noch einmal alle Kräfte mobilisiert werden, damit wir am 18. Juni als erste ins Ziel kommen.

Plakate kontrollieren/nachkleben

Beschädigte Plakatständer mit abgerissenen Parteiplakaten machen einen schlechten Eindruck. Ein abendlicher Rundgang zahlt sich aus: Ordentliche Parteiwerbung zeigt allen Wählern, hier ist eine engagierte Truppe am Werk!

Fahrdienst

Damit am Wahltag z. B. auch ältere Menschen und Gehbehinderte zum Wahllokal kommen, können Sie einen Zubringerdienst organisieren. Erkundigen Sie sich auch, wer es in Ihrer Nachbarschaft schwer hat, zum Wahllokal zu kommen.

Mit Kleinanzeigen werben

● Weisen Sie mit einer kleinen Anzeige noch einmal auf die Bedeutung der Wahl hin.

● Werben Sie für Ihren Fahrdienst am Wahltag, geben Sie eine Telefonnummer bekannt, die Wähler, die gerne zum Wahllokal gebracht werden möchten, anrufen können.

Info-Stand am Freitag vor der Wahl

Freitagnachmittag ist Haupteinkaufszeit vor dem langen Wahlwochenende. Jetzt lohnt es sich, noch einmal mit einem Info-Stand Straßenwahlkampf zu machen.

Mit den Themen-Flugblättern der Bundesgeschäftsstelle haben Sie aktuelles Verteilmaterial: Alle Kreisgeschäftsstellen haben Druckvorlagen für Flugblätter vorliegen, die Sie sich rechtzeitig in ausreichender Stückzahl drucken lassen sollten.

Folgende Flugblätter sind zur Zeit bei Ihrem Kreisverband abrufbereit:

- 1 Million neue Arbeitsplätze
- Krawalle in Berlin zeigen: Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert
- Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.
- Großes Europa, große Zukunft.
- 18. Juni Europawahl / Vergleichen Sie — Wählen Sie
- Weiter so. Die Deutschen sind Weltmeister im Export
- Frieden sichern / Freiheit sichern
- Rentenerhöhung am 1. Juli / CDU: Garant für sichere Renten
- Juni 89 — Weiter so: Weniger Arbeitslose / Mehr Arbeitsplätze

Telefonkette aufbauen

Bauen Sie eine Telefonkette auf, damit Sie am Wahltag Freunde und Bekannte darin erinnern können, zur Wahl zu gehen, ihre Stimme der CDU zu geben.

Aktionstips für den Wahltag

Die Wahl ist nicht entschieden, solange nicht das letzte Wahllokal geschlossen ist. Hier noch einige Informationen und Tips für den letzten Tag:

Öffnung der Wahllokale

Die Wahllokale sind am Tag der Europawahl wieder bis 21.00 Uhr geöffnet. Eine

gute Gelegenheit, auch nach dem Sonntagsspaziergang zu wählen und Freunde und Bekannte zur Stimmabgabe zu bringen!

Telefonische Erinnerung

Rufen Sie am Wahntag Ihre Freunde und Bekannten an und fragen Sie nach, ob diese schon zur Wahl gegangen sind.

Wahlparty

Laden Sie alle Wahlhelfer zu einer Wahlparty ein. Nach dem Wahntag bekommen Sie nie mehr alle Helfer zusammen. Ein gemeinsames Fest verbindet.

Für Rheinland-Pfalz sehr wichtig:

Kommunalwahlstimmen können **nur** bis 18.00 Uhr abgegeben werden!!!
Europawahl bis 21.00 Uhr.

+++ 17. Juni +++
17. Juni +++ 17. Juni

Der Tag der deutschen Einheit ist in diesem Jahr der Tag vor der Europawahl! Eine gute Gelegenheit für Sie, den Wählern deutlich zu machen, daß zwischen der Einheit Deutschland und Europas kein Widerspruch besteht!

● Unser Flugblatt „17. Juni“ kann bei den Kreisverbänden bestellt werden.

+++ 17. Juni +++
17. Juni +++ 17. Juni

Deutsche Aussiedler

10 Fragen – 10 Antworten



Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen

Ein Faltblatt zum Thema „Deutsche Aussiedler“ ist jetzt vom Bundesinnenministerium herausgegeben worden und kann auch dort bestellt werden. Adresse: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Graurheindorfer Str. 198, 5300 Bonn 1. Es ist besonders für kommunale Mandatsträger zu empfehlen, die mit der Problematik täglich konfrontiert werden.

17. JUNI 1989

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

»Die Zeit ist reif. Europa muß frei und ungeteilt sein.« Dies sagte Präsident Bush in Mainz. Und in Brüssel haben unsere westlichen Bündnispartner die Forderung, die Deutsche Einheit wieder herzustellen, jetzt wieder bestätigt:

»Die Mauer, die die Stadt trennt, ist ein unannehmbares Symbol der Trennung Europas. Wir streben nach einem Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.«

Warum sollten eigentlich ausgerechnet wir Deutschen selbst auf das Ziel der Wiedervereinigung verzichten, wenn sogar Michail Gorbatschow es als erreichbar ansieht. SPD und Grüne haben die Wiedervereinigung bereits abgeschrieben. Aber sie begehen einen politischen Fehler von historischer Bedeutung, wenn sie wie Egon Bahr sagen:

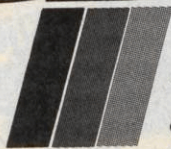
»Wer die deutsche Frage aufgreift, stört Europa.«

Das Gegenteil ist richtig. Die Chancen, die deutsche Teilung im Rahmen einer Europäischen Einigung zu überwinden, waren nie günstiger als heute. Die westlichen Ideale Demokratie, Menschenrechte und Freiheit setzen sich auch in osteuropäischen Staaten durch. Auch Mauer und Stacheldraht können sie auf Dauer nicht stoppen.

Deshalb gilt für uns auch am 17. Juni 1989:

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT FÜR DAS DEUTSCHE VATERLAND

CDU



*Die
Zukunft*

Uns Deutschen ging's noch nie

● Sieben Jahre Aufschwung

● Mehr Arbeitsplätze

● Weniger Arbeitslose

so gut

Das hat es in der Nachkriegsgeschichte noch nie gegeben: Sieben Jahre ununterbrochener Wirtschaftsaufschwung. Uns Deutschen ging's noch nie so gut wie heute: Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen. Und jetzt geht auch die Arbeitslosenzahl herunter: Sie liegt unter zwei Millionen.

Das ist der Erfolg der Regierung Helmut Kohl:

- 1,1 Millionen neue Arbeitsplätze seit 1983, davon 750 000 für Frauen, überwiegend bei Klein- und Mittelbetrieben.
- Zum ersten Mal seit 1982 weniger als 2 Millionen Arbeitslose – trotz verstärkten Zustroms auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig 1 Million offene Stellen.
- 60 000 offene Ausbildungsplätze; Lehrlingsmangel statt Lehrstellenknappheit.
- Die Automobilindustrie läuft auf Hochtouren.
- Im Export und im Tourismus sind wir Weltmeister.
- Die Steuerreform gibt den Arbeitnehmern bares Geld zurück. Leistung lohnt sich wieder.
- Die Renten sind sicher, auch für die Zukunft.
- In Forschung und Technik sind wir Weltspitze.
- Im Umweltschutz liegen wir weltweit vorn, unsere Umweltechnik ist ein Exportschlager. Wir investieren in die Zukunft.

Deshalb am 18. Juni

CDU



Die Zukunft

Keine Experimente! Wählen gehen!

Helmut Kohl

Kanzler des Friedens und der Abrüstung

Pressestimmen des In- und Auslandes zum Brüsseler NATO-Gipfel

»Ein Bonner Erfolg. Ohne Bonn gäbe es heute keine NATO-Formel, die an einen Erfolg in Wien auch Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen knüpft. Die Europäer ... werden Kohl dafür Dank wissen.« (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 31. Mai 1989)

»Der Bundeskanzler überbrückte auf dem Gipfel riesige Klüfte« (General-Anzeiger, Bonn, 31. Mai 1989)

»Das Ergebnis des NATO-Gipfeltreffens von Brüssel übertrifft alle Erwartungen« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 1989)

»Das Drängen hat sich ausgezahlt« (Die Zeit, 2. Juni 1989)

»Kohl ist der Kanzler der Abrüstung, aber auch der Champion der Verankerung im Westen« (Le Figaro, 1. Juni 1989)

»Bonn ist das Führungsland im europäischen Lager.« (La Repubblica, 1. Juni 1989)

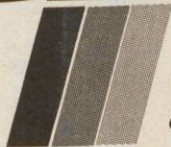
»Verstärktes Prestige Bonns« (France Inter, 30. Mai 1989)

»Die fetteste Beute errang Deutschland« (Corriere della Sera, 31. Mai 1989)

»... was uns übrige in der NATO angeht, so schulden wir den Deutschen Dank.« (The Guardian, 1. Juni 1989)

Der Abrüstungsgipfel hat das alte Spiel der SPD mit der Raketenangst erneuert als falsch entlarvt. Jetzt macht die SPD den Erfolg des Westens mies. Gemeinsam mit den Grünen lehnt sie als einzige große Partei des Bündnisses das Gipfelergebnis ab. Die Presse urteilt: »Kleinkariert« (Ruhr-Nachrichten, 2. Juni 1989), »Mangel an Realitätssinn« (Badische Neueste Nachrichten, 2. Juni 1989), »Mit einer SPD-geführten Bundesregierung wird es eine gemeinsame Verteidigungspolitik der NATO nicht mehr geben« (Frankfurter Neue Presse, 2. Juni 1989)

CDU



Die
Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Im deutschen Interesse:

Großes Europa, große Zukunft.

Keine Experimente!
**Wählen
gehen!**

Christdemokraten bauen Europa



Keine Experimente! Wählen gehen!

Diesen Plakataufkleber (hier auf einer Großfläche) gibt es auch für die entsprechenden Parteiplakate. Jeder Kreisverband hat eine ausreichende Menge kostenlos zugestellt bekommen. Geben Sie Ihren Plakaten zum Endsprint nochmal eine neue Aktualität.

UiD

19/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,- DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.